



Kantonale Volksabstimmungen vom 24. November 2024

Votations cantonales du 24 novembre 2024

Votazioni cantonali del 24 novembre 2024

Übersicht / Aperçu / Panoramica

Änderungen von Kantonsverfassungen / Modifications des constitutions cantonales / Modifiche delle costituzioni cantonali



AG

Aargauische Volksinitiative «Für eine Demokratie mit Zukunft (Stimmrechtsalter 16 im Aargau)»



BS

Grossratsbeschluss vom 27. Juni 2024 betreffend Teilrevision der Verfassung des Kantons Basel-Stadt betreffend Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer



JU

Modification de la Constitution de la République et Canton du Jura du 20 mars 1977 : « Création du district de Moutier »



NE

Acceptez-vous le décret du 28 mai 2024 modifiant la Constitution de la République et Canton de Neuchâtel (Cst.NE) (Pour un droit à l'intégrité numérique et la protection d'un droit à une vie hors ligne) ?



SH

Volksinitiative «zur Umsetzung der vom Stimmvolk angenommenen Transparenzinitiative (Umsetzungsinitiative)»



SH

Teilrevision der Kantonsverfassung (Transparenzbestimmung)
[Gegenvorschlag zur Umsetzungsinitiative]



SH

Stichfrage: Welche der beiden Vorlagen soll in Kraft treten, falls sowohl die kantonale Volksinitiative als auch der Gegenvorschlag angenommen werden?

Zusammen-
hängend

Obligatorisches oder fakultatives Gesetzesreferendum / Référendum législatif, obligatoire ou facultatif / Referendum legislativo, obbligatorio o facoltativo



LU

Änderung des Planungs- und Baugesetzes (Beschleunigung Ausbau Stromproduktion aus erneuerbarer Energie)



GE

Acceptez-vous la loi modifiant la loi sur l'imposition des personnes physiques (LIPP) (Renforcer le pouvoir d'achat et les recettes fiscales) (D 3 08 – 13402), du 3 mai 2024?



GE

Acceptez-vous la loi modifiant la loi sur les Transports publics genevois (LTPG) (Plus d'autonomie pour les TPG en matière de tarification) (H 1 55 – 13487), du 30 mai 2024, sous réserve de l'aboutissement du référendum?



SG

XXII. Nachtrag zum Steuergesetz (Erhöhung des Fahrkostenabzugs)



OW

Nachtrag zum Schätzungs- und Grundpfandgesetz



VS

loi sur le climat (LClim)

Gesetzesinitiative / Initiatives législatives / Iniziative legislative



BS

Kantonale Initiative für mehr «Musikvielfalt»



GE

Acceptez-vous la loi modifiant la loi générale sur les zones de développement (LGZD) (Contreprojet à l'IN 176 qui a été retirée) (L 1 35 – 13358), du 2 mai 2024, sous réserve de l'aboutissement du référendum?



UR

«Isleten für alle»

Finanzreferendum / Référendum financier / Referendum finanziario



BS

Grossratsbeschluss vom 11. September 2024 betreffend Ausgabenbewilligung für die Durchführung des Eurovision Song Contest (ESC) 2025 in Basel



SG

VII. Nachtrag zum Sozialhilfegesetz (Förderung und Finanzierung von Spezialpflegeangeboten)



SG

Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege



SH

Beschluss betreffend Zusatzkredit für den Bau eines zusätzlichen Stockwerks beim Polizei- und Sicherheitszentrum

Im Detail / Dans le détail / In dettaglio

AG



Aargauische Volksinitiative «Für eine Demokratie mit Zukunft (Stimmrechtsalter 16 im Aargau)»

Im Kanton AG müssen Bürgerinnen und Bürger das 18. Lebensjahr zurückgelegt haben, um stimmberechtigt zu sein.¹ Mit der angestrebten Volksinitiative soll die Altersgrenze auf kantonaler und kommunaler Ebene neu auf 16 Jahre gesenkt werden.² Die Initiative zielt dabei nur auf das aktive Wahlrecht ab. Das passive Wahlrecht bleibt davon unberührt und soll damit nach wie vor Stimmberechtigten vorbehalten sein, welche das 18. Lebensjahr vollendet haben.

Vergleichende Vorbemerkung:

Im Rahmen der parlamentarischen Initiative [19.415 ARSLAN](#) «Den jungen Menschen eine Stimme geben. Aktives Stimm- und Wahlrecht für 16-Jährige als erster Schritt ins aktive politische Leben» vom 21.03.2019 wurde zuletzt anfangs dieses Jahres auch auf Bundesebene diskutiert, ob das Stimmrechtsalter auf 16 Jahre gesenkt werden soll. Der Nationalrat lehnte die Initiative am 28.02.2024 schliesslich mit 106 zu 84 Stimmen bei 0 Enthaltungen ab.³ Damit wurde das Ratsgeschäft als erledigt abgeschrieben.

Auf kantonaler Ebene kennt einzig der Kanton GL ein (aktives) Stimmrechtsalter von 16 Jahren.⁴

Das *Initiativkomitee* sowie eine *Minderheit* im *Grossen Rat* möchten mit der vorgelegten Initiative die Stimmbeteiligung langfristig erhöhen. Es sei für die Demokratie unerlässlich, dass möglichst viele Menschen bei der Meinungsbildung teilnehmen. Je grösser die Beteiligung, desto breiter sei das «*Entscheidungsfundament*» und in der Folge die Akzeptanz des Entscheids in der Bevölkerung. Der jüngeren Bevölkerung könne diese Verantwortung zugetraut werden. Man erhofft sich dadurch, Jugendliche langfristig für die Demokratie begeistern zu können. Das sei gerade deshalb wichtig, weil fast die Hälfte aller Stimm- und Wahlberechtigten über 60 Jahre alt ist. Deshalb würden Anliegen der jungen Bevölkerung zu wenig in die Willensbildung miteinfließen.

Die *Mehrheit* des *Grossen Rates*- und des *Regierungsrats* steht der Herabsetzung des Stimmrechtsalters *kritisch* gegenüber: Mit der Annahme der Initiative würde das Stimmrecht auf kantonaler und kommunaler Ebene im Verhältnis zum Bundesrecht unterschiedlich geregelt sein. Eine einheitliche Regelung auf allen drei Staatsebenen wäre ihrer Meinung nach zielführender. Die Herabsetzung des Stimmrechtsalters sei keine Notwendigkeit, um Jugendliche für die Politik begeistern zu können. Bereits heute können sie in Jugendparlamenten und Jungparteien mitwirken und damit politisch tätig sein.

¹ Vgl. § 59 Abs. 1 der Verfassung des Kantons AG (Kantonsverfassung, KV [KV-AG]) vom 25.06.1980 ([SAR 110.000](#)).

² Vgl. § 59 Abs. 1 nKV-AG.

³ [Abstimmungsprotokoll des NR zum Geschäft 19.415, Ref. 28184](#), vom 28.02.2024.

⁴ Vgl. Art. 56 Abs. 1 der Verfassung des Kantons GL [KV-GL] vom 01.05.1988 ([GS I A/1/1](#)). Dies betrifft nur das aktive Stimmrecht; als Landrat, Regierungsrat, Richter, Ständerat oder Mitglied der weiteren Behörden des Kantons und der Gemeinden sind nur Stimmberechtigte ab vollendetem 18. Altersjahr wählbar (Art. 74 Abs. 1 KV-GL).

Der *Grosse Rat lehnt* die Initiative mit 75 Nein- zu 58 Ja-Stimmen *ab*.⁵ Die Vorlage untersteht als Verfassungsänderung dem obligatorischen Referendum, womit das Aargauer Stimmvolk über die Initiative zu entscheiden hat.⁶

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation / Per ulteriori informazioni sulla votazione:

[Abstimmungsbroschüre](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu / Ritorno alla panoramica](#)

BS



1. Kantonale Initiative «für mehr Musikvielfalt»

Die kantonale Förderpraxis in der Musik soll durch sog. «Quoten-Vorgaben» neu reguliert werden. Dazu soll im Kulturfördergesetz⁷ festgelegt werden, dass das «nicht institutionelle Muskschaffen» künftig pro Jahr einen Drittel der kantonalen Fördermittel im Bereich Musik erhalten soll.

Die Fördermittel umfassen Beiträge an freischaffende Musiker sowie Beiträge an Programme, Spielstätten und Massnahmen zur Strukturförderung. Die Initiative sieht vor, dass die kantonale Kulturförderung innert vier Jahren die bestehenden Förderstrukturen neu ausrichten soll. Auch die Vergabeprozesse sollen für das ganze Muskschaffen vereinheitlicht werden. Die neuen Fördermittel sollen entweder durch Kürzung bei den Institutionen und Orchestern oder durch Erhöhung des Kulturbudgets finanziert werden. Der Grosse Rat soll darüber befinden, welcher Weg zur Finanzierung eingeschlagen werden soll.

Die *Initianten* bringen für die Initiative ins Feld, dass das bestehende Gesetz eine vielfältige Kulturförderung verlangt, der Kanton BS im Bereich Musik jedoch nur über eine einseitige Förderung verfüge. Rund 90% der öffentlichen Gelder fliessen in den Bereich der Klassik (*Programmförderung für Orchester und Betriebsbeiträge an Institutionen*). Um der gesetzlich geforderten vielfältigen Kulturförderung⁸ gerecht zu werden, soll daher das freie Muskschaffen aller Genres mehr Unterstützung erhalten. Daran sei auch das Basler Volk interessiert. Ferner sollen fairere Gagen ausgehändigt werden. Einer Studie zur Folge verdienen 67% der selbständig erwerbenden Kulturschaffenden weniger als CHF 40'000.00 jährlich, und das bei durchschnittlich 45 Arbeitsstunden pro Woche.

Der *Regierungsrat* geht davon aus, dass mit Annahme der Initiative «*identitätsstiftende Basler Kulturinstitutionen und Arbeitsplätze*» gefährdet werden und hat sich daher *gegen* eine Erhöhung des Kulturbudgets ausgesprochen, zumal dieses im Zuge der Umsetzung der «*Trinkgeld-Initiative*»⁹ bereits um CHF 3,15 Mio. erhöht wurde. Wird das Kulturbudget nicht erhöht, müsste eine Umlagerung des bestehenden Finanzrahmens in der Höhe von CHF 6-8 Mio. stattfinden. «*Bekannte*» Orchester könne dies existenziell gefährden. Die angestrebten Anpassungen seien «*der falsche Weg*». Mit dem von der Initiative angestrebten Sonderweg wird nach Meinung des Regierungsrates die Gleichbehandlung aller

⁵ Der Grosse Rat zählt 140 Mitglieder: Vgl. § 76 Abs. 2 KV-AG.

⁶ Vgl. § 62 Abs. 1 lit. d KV-AG.

⁷ Vgl. Kulturfördergesetz vom 21.10.2009 (SG 494.300).

⁸ Vgl. § 2 Abs. 1 Satz 1 Kulturfördergesetz-BS.

⁹ Für weitergehende Informationen s. [Medienmitteilung des Präsidialdepartements](#) vom 11.08.2023.

Kulturschaffenden und Kulturinstitutionen unterlaufen. Schliesslich würde der angestrebte Sonderweg sich negativ auf die Kulturpartnerschaft mit dem Nachbarkanton BL auswirken.¹⁰

Der *Regierungsrat* und der *Grosse Rat* empfehlen, die Volksinitiative abzulehnen. Es kommt zu einer Volksabstimmung, da § 51 Abs. 1 lit. b KV-BS¹¹ bestimmt, dass formulierte Initiativen (*in der Terminologie von Art. 139 Abs. 2 BV: Initiative in Form des ausgearbeiteten Entwurfs*) dem Volk obligatorisch zu unterbreiten sind.

2. **Grossratsbeschluss vom 27. Juni 2024 betreffend Teilrevision der Verfassung des Kantons Basel-Stadt betreffend Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer**

Ausländerinnen und Ausländer, welche seit mindestens fünf Jahren im Kanton BS wohnen und über eine Niederlassungsbewilligung verfügen, sollen auf kantonaler Ebene das aktive Stimm- und Wahlrecht erhalten. Die Gemeinden Riehen und Bettingen bleiben jedoch in jedem Fall autonom bei der Erteilung des kommunalen Stimm- und Wahlrechts.

Der Kanton BS hat «*seit jeher*» aufgrund seiner internationalen Lage sowie seiner wirtschaftlichen Bedeutung einen relativ grossen Ausländeranteil. In wenigen anderen Kantonen und besonders auf Gemeindeebene mehrerer Kantone existiert bereits ein aktives Stimm- und Wahlrecht für Personen ausländischer Staatsbürgerschaft.

Der Regierungsrat befürwortet die Einführung des aktiven Stimm- und Wahlrechts für Ausländer: Er führt aus, dass ca. 38% der volljährigen Bevölkerung des Kantons BS keine Schweizer Staatsbürgerschaft haben. Knapp die Hälfte von ihnen verfügt über eine Niederlassungsbewilligung C und lebt seit mindestens fünf Jahren im Kanton. Dass eine derart grosse Bevölkerungsgruppe politisch nicht mitbestimmen kann, stelle «*ein grosses Demokratiedefizit dar*». Der vorausgesetzte fünfjährige Aufenthalt würde die örtliche Verbundenheit zum Kanton und die Niederlassungsbewilligung die erfolgreiche Integration dieser Bevölkerungsgruppe bestätigen. Einbürgerungen würden gleichwohl attraktiv bleiben, denn nur durch eine erfolgreiche Einbürgerung erhält man uneingeschränkte politische Rechte in Bund, Kanton und Gemeinden. Integration ist bereits jetzt von Verfassungs wegen eine Leitlinie des baselstädtischen staatlichen Handelns¹²; das vorgeschlagene aktive Stimm- und Wahlrecht stärke daher «*unsere Demokratie und unsere Gesellschaft als Ganzes*».

Nach der *Minderheitsmeinung* im *Grossen Rat* können Ausländerinnen und Ausländer bereits heute durch erfolgreiche Einbürgerung das Schweizer Bürgerrecht erhalten, ohne das hier vorgeschlagene «*Stimmrecht zweiter Klasse*». Ein solches Vorgehen entspreche denn auch immer noch dem internationalen Standard. Die Hürden zur Erlangung des Schweizer Bürgerrechts seien v.a. für Ausländer «*der zweiten und dritten Generation*» sehr tief.

Der *Grosse Rat* hat am 27.06.2024 die Verfassungsänderung mit 53 Ja- zu 41 Nein-Stimmen *angenommen*. Gemäss § 51 Abs. 1 lit. a KV-BS unterstehen Verfassungsrevisionen in jedem Fall dem obligatorischen Referendum. Damit haben die baselstädtischen Stimmberechtigten über die Ausweitung des aktiven Stimm- und Wahlrechts auf bestimmte Ausländer endgültig zu bestimmen.

¹⁰ Für weitergehende Informationen bezüglich der Stellung des Regierungsrates siehe dazu das [Protokoll der 16. Sitzung des Grossen Rates, Amtsjahr 2023/2024](#), vom 05.06.2024.

¹¹ Verfassung des Kantons BS [KV-BS] vom 23.03.2005 ([SG 111.100](#)).

¹² Vgl. § 15 Abs. 3 in medio KV-BS.

Interkantonaler Überblick über das Ausländerstimmrecht:

In den Kantonen: Die Kantone JU (seit 1979) und NE (seit 2001) gewähren Ausländern unter gewissen Bedingungen das Wahlrecht auf kantonaler Ebene. So kommt im Kanton JU den Ausländern, die seit zehn Jahren in der Schweiz und seit einem Jahr im Kanton wohnen, das kantonale Wahlrecht zu (Art. 3 Abs. 1 LDP-JU). Im Kanton NE ist die Gewährung des Wahlrechts für Ausländer an den Erhalt einer Niederlassungsbewilligung C und – wie im Kanton BS geplant – eine Mindestwohnsitzfrist im Kanton von fünf Jahren gebunden (Art. 37 Abs. 1 lit. c KV-NE). Sowohl der Kanton JU (Art. 6 Abs. 4 f. LDP-JU) als auch der Kanton NE (Art. 47 KV-NE i.V.m. Art. 31 Abs. 1 LDP-NE) gewähren ausländischen Staatsbürgern zudem das passive Wahlrecht, wobei gewisse Ämter dabei ausgeschlossen sind (*beschränktes passives Wahlrecht*). Die übrigen Kantone gewähren den auf ihrem Hoheitsgebiet domizilierten Ausländern keine speziellen politischen Rechte.

Auf Gemeindeebene: Die Kantone NE, JU, VD und FR gewähren Ausländern, die auf ihrem Gebiet wohnen, das aktive und passive Wahlrecht in allen Gemeinden ihres Kantons in allen kommunalen Angelegenheiten (vgl. Art. 6b lit. c Ziff. 1 LDP-NE; Art. 3 Abs. 3 LDP-JU; Art. 142 Abs. 1 lit. b KV-VD; Art. 48 Abs. 1 lit. b KV-FR). Der Kanton GE kennt dieselbe Regelung bezüglich des aktiven Stimmrechts in kommunalen Angelegenheiten, jedoch kein passives Wahlrecht (Art. 48 Abs. 3 KV-GE). Das Recht der Kantone AR, GR sowie BS überlässt es den Gemeinden, ein Stimm- und Wahlrecht für Ausländer einzuführen (Art. 105 Abs. 1 KV-AR; Art. 9 Abs. 4 KV-GR; § 40 Abs. 2 KV-BS).

3. Grossratsbeschluss vom 11. September 2024 betreffend Ausgabenbewilligung für die Durchführung des Eurovision Song Contest (ESC) 2025 in Basel

Die Schweiz gewann den diesjährigen Eurovision Song Contest erstmals wieder seit 1988. Mit Beschluss vom 11.09.2024 bewilligte der Grosse Rat des Kantons BS die Ausgaben zur Durchführung des ESC 2025 in der Stadt Basel.¹³ Gegen diesen wurde das Referendum erhoben.

Da die Schweiz als Gewinnerin aus dem diesjährigen ESC hervorgegangen ist, wird der ESC im Jahr 2025 in unserem Land stattfinden. Die SRG hat BS den Zuschlag als Veranstaltungsort gegeben. Mit obgenanntem Beschluss wurden die zur Durchführung des ESC nötigen Ausgaben von CHF 37,4 Mio. bewilligt.

Der Grosse Rat und der Regierungsrat empfehlen der Stimmbevölkerung, den Grossratsbeschluss vom 11.09.2024 anzunehmen. Der Regierungsrat führt für die Vorlage ins Feld, dass die Austragung des ESC für die Schweiz eine grosse Wertschöpfung bietet. Zudem bringe es Basel als Veranstaltungsort «eine grosse Aufmerksamkeit und positive Imagebewertung» und man könne sich als Austragungsort zukünftiger internationaler Grossanlässe positionieren. Wie der Kanton BS stehe der Wettbewerb «für kulturelle Vielfalt, Offenheit und Respekt». Nebst dem zahlenden Publikum soll in der Stadt auch ein kostenlos zugängliches Begleitprogramm den ESC zum «Fest für alle Baslerinnen und Basler» machen.

Das Referendumskomitee führt gegen den Ausgabenbeschluss aus, dass es die Austragung des ESC für eine «Geldverschwendung» hält: Der Anlass müsse selbsttragend sein und ein Grossteil der angeführten Wertschöpfung würde ins Ausland abfliessen; «Steuersenkungen würden mehr bringen». Der Schweiz würde wie Schweden 2024 ein Imageverlust drohen, wenn wie dort «radikalisierte Kräfte (...)

¹³ [Ergebnis Abstimmung](#) zum Traktandum 136 / Geschäfts-Nr. 24.0805 im Grossen Rat des Kantons BS vom 11.09.2024; vgl. auch [Ratschlag und Antrag](#) des Regierungsrats-BS an den Grossen Rat-BS PD/240805 vom 28.08.2024.

den Anlass für antiisraelische Proteste missbrauchen». Es wirft dem ESC auch unfaire Doppelstandards vor: Es werde peinlich darauf geachtet, dass Beiträge keinen christlichen Inhalt hätten, «Okkulte und satanische Beiträge» würden hingegen «toleriert und sogar gefeiert». Das sei ungerecht und solle nicht mit Steuergeldern gefördert werden.

Der Grosse Rat hat dem Ausgabenbeschluss mit 95 Ja- zu 4 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen zugestimmt. Beschlüsse des Grossen Rates, welche die Bewilligung einer Ausgabe über CHF 1,5 Mio. enthalten, unterliegen dem fakultativen Referendum («Ausgabenreferendum»)¹⁴ Gegen den Beschluss wurde am 26.10.2024 mit 3912 gültigen Unterschriften form- und fristgerecht das Ausgabenreferendum ergriffen.¹⁵ Damit stimmt die Basler Stimmbevölkerung über die nötige Finanzierung zur Abhaltung des ESC 2025 ab.



Quelle: Medienmitteilung «Stopp ESC in Basel»

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation / Per ulteriori informazioni sulla votazione:

[Abstimmungserläuterungen](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu / Ritorno alla panoramica](#)

GE



1. Acceptez-vous la loi modifiant la loi générale sur les zones de développement (LGZD) (Contreprojet à l'IN 176 qui a été retirée) (L 1 35 – 13358), du 2 mai 2024 ?

Cette loi en votation est un contre-projet à l'initiative « Pour un urbanisme plus démocratique à Genève » refusée par le Grand Conseil en mai 2023. Le Grand Conseil est d'avis que cette initiative compromettrait la validation des Plans Localisés de Quartiers (PLQ) et qu'elle octroierait aux communes et aux propriétaires des prérogatives propres à entraver l'exercice des compétences du Conseil d'Etat et du Grand Conseil.

La majorité du Grand Conseil estime que cette loi prévoit des principes applicables en matière de concertation, dans le cadre de l'élaboration des projets de PLQ. Cette loi permettrait ainsi de rééquilibrer le rapport de force existant entre propriétaires-promoteurs et simples propriétaires des terrains compris dans le périmètre d'un PLQ. L'accord de la majorité des propriétaires des terrains serait requis pour permettre l'engagement direct de la procédure d'adoption du PLQ, à défaut de cet accord, une votation consultative communale devrait être organisée préalablement. Enfin, le Grand Conseil conserverait avec cette loi ses compétences d'arbitrage dans le cadre de la procédure d'adoption des PLQ. En cas d'opposition d'une commune par suite d'une votation communale qui

¹⁴ § 52 lit. b KV-BS i.V.m. § 29 Abs. 1 des Gesetzes über den kantonalen Finanzhaushalt (Finanzhaushaltgesetz) vom 14.03.2012 (SG 610.100).

¹⁵ [Medienmitteilung «Das ESC-Referendum ist zustande gekommen»](#) der Staatskanzlei-BS vom 26.10.2024.

s'avérerait négative, il se prononcerait alors sous forme de loi qui pourrait faire l'objet d'un référendum cantonal.

Pour la *minorité du Grand Conseil*, cette loi introduirait de façon inacceptable un nouveau droit démocratique exclusif pour les propriétaires de villas. En effet, les propriétaires de villas se verraient accorder la possibilité de déclencher une votation communale sans avoir à récolter de signatures et sans considération des intérêts des riveraines et des riverains et d'éventuels locataires, ainsi que de l'intérêt général pourtant prépondérant en matière d'aménagement du territoire. Le texte permettrait aussi d'accorder de manière problématique des droits politiques partiels (déclenchement d'un référendum) à des personnes au seul motif de leur statut de propriétaire, sans tenir compte de leur nationalité ni de leur qualité de personne physique ou morale.

Le *Conseil d'Etat* souhaite s'en tenir au dispositif actuel et considère que l'attribution par la loi de droits politiques (soit la possibilité de déclencher une votation populaire communale sur un objet) fondés uniquement sur la qualité de propriétaire est inacceptable sur le principe et pose question quant à la conformité de la loi au droit supérieur.

Le *comité référendaire* est opposé à cette loi car celle-ci octroierait aux propriétaires des parcelles concernées par un projet immobilier, qu'elles ou ils soient ou non domiciliés dans la commune, un droit à obtenir un référendum communal sur le PLQ. Cette loi introduirait un droit politique lié au seul droit de propriété.

La *minorité du Grand Conseil*, le *Conseil d'Etat* et la *comité référendaire* recommandent de voter NON et la *majorité du Grand Conseil* recommande de voter OUI.

2. Acceptez-vous la loi modifiant la loi sur l'imposition des personnes physiques (LIPP) (Renforcer le pouvoir d'achat et les recettes fiscales) (D 3 08 – 13402), du 3 mai 2024?

Cette loi vise à modifier la loi sur l'imposition des personnes physiques, en réduisant l'impôt cantonal et communal sur le revenu, qui, du point de vue de la majorité du Grand Conseil, redonnerait du pouvoir d'achat à la population. Elle estime que la baisse de l'impôt cantonal et communal sur le revenu est juste, équilibrée et dynamique et qu'elle répond aux besoins de la population. Quant aux communes genevoises, elles ont accumulé des excédents et ont les moyens de participer, avec le canton, à la réduction de l'impôt sur le revenu.

Pour la *minorité du Grand Conseil*, la baisse de l'impôt cantonal et communal sur le revenu est extrêmement inégale, elle devrait être exclue pour les très hauts revenus. Par ailleurs, pour la minorité, il serait à craindre des pertes de recettes fiscales massives, en particulier pour les communes et, l'argument selon lequel la baisse d'impôt serait compensée par une augmentation des recettes fiscales (induite par l'augmentation du pouvoir d'achat) ne serait que partiellement vraie.

Pour sa part, le *Conseil d'Etat* estime que la baisse de l'impôt cantonal et communal sur le revenu, prévu par cette loi, est équitable et sans effet de seuil. Elle toucherait l'ensemble des contribuables et profiterait notamment à la classe moyenne.

La *majorité du Grand Conseil* et le *Conseil d'Etat* recommandent de voter OUI.

3. Acceptez-vous la loi modifiant la loi sur les Transports publics genevois (LTPG) (Plus d'autonomie pour les TPG en matière de tarification) (H 1 55 – 13487), du 30 mai 2024?

Cette loi propose d'abroger l'article 36, alinéas 2 à 4, de la LTPG, qui donne au Grand Conseil la compétence de fixer les tarifs actuellement inscrits dans cette loi. Elle introduirait une nouvelle lettre k à l'article 37, indiquant que les tarifs de transport, fixés en accord avec les opérateurs de la communauté tarifaire Unireso (qui regroupe les Transports publics genevois (TPG), les Chemins de fer fédéraux suisses SA (CFF) et les Mouettes genevoises SA), sont soumis à l'approbation du Conseil d'Etat, sans faire l'objet d'une modification de la loi.

Pour la *majorité du Grand Conseil*, en l'état actuel, tout changement tarifaire implique une modification légale, ce qui engendre un processus politique long et complexe, limitant la réactivité de l'offre et la capacité à satisfaire de nouveaux besoins des usagères et usagers. Le cadre législatif actuel imposerait une rigidité qui ne permettrait pas aux opérateurs de transport de s'adapter rapidement aux évolutions de comportement en matière de mobilité. La *majorité du Grand Conseil* souhaiterait ainsi rendre les tarifs plus accessibles et plus dynamiques afin d'être en mesure de les adapter à l'évolution constante des besoins de mobilité de la clientèle.

La *minorité du Grand Conseil* estime que le peuple s'est déjà clairement prononcé sur cette question en adoptant l'initiative populaire « Stop aux hausses des tarifs des Transports publics genevois ! » le 18 mai 2014¹⁶ et considère que cette modification a justement pour objectif d'augmenter par la suite les tarifs des TPG.

Le *Conseil d'Etat* est favorable à cette loi car elle permettrait d'offrir la souplesse et la réactivité nécessaires en termes tarifaires tout en garantissant que la grille des tarifs demeure attractive pour les usagères et usagers.

Le *comité référendaire* considère que cette modification permettrait au Conseil d'Etat d'augmenter les tarifs, sans que le peuple ne puisse s'exprimer par voie référendaire alors que par le passé, le peuple genevois s'est déjà exprimé en s'opposant à l'augmentation des tarifs des TPG.

La *majorité du Grand Conseil et le Conseil d'Etat* recommandent de voter OUI, le *comité référendaire et la minorité du Grand Conseil* recommandent de voter NON.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation /ulteriori informazioni sulla votazione:

[Brochure cantonale](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu / Ritorno alla panoramica](#)

¹⁶ Cf. [newsletter votations cantonales du 18.05.2014](#).



JU

Modification de la Constitution de la République et Canton du Jura du 20 mars 1977 : « Création du district de Moutier »

A la suite à la votation du 22 septembre 2024 par laquelle le peuple jurassien s'est prononcé en faveur du Concordat entre le canton de Berne et le Canton du Jura concernant le transfert de la commune de Moutier dans le canton du Jura, il s'agit désormais de créer un district supplémentaire dans le canton qui couvrira le territoire de la commune de Moutier.

La création de ce nouveau district répond à un engagement pris à l'égard de la population de Moutier mais permettrait également de repenser l'organisation du territoire cantonal. Si la création de ce nouveau district est acceptée, pour la prochaine législature 2026-2030, le parlement reposerait sur un découpage du canton en quatre circonscriptions, le nombre de députés restant à soixante. Toutefois, ce découpage en quatre circonscriptions ne sera pas pérennisé en raison des exigences du Tribunal fédéral en matière de quorum naturel¹⁷. Il convenait cependant d'inclure les citoyens et citoyennes de Moutier dans le débat relatif au nouveau modèle électoral à développer afin de rendre l'organisation territoriale du canton plus efficace et plus moderne.

Le Parlement et le Gouvernement jurassiens recommandent de voter OUI.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation /ulteriori informazioni sulla votazione:

Information disponible sur l'application VoteInfo uniquement

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu / Ritorno alla panoramica](#)

LU



Änderung des Planungs- und Baugesetzes (Beschleunigung Ausbau Stromproduktion aus erneuerbarer Energie)

Der Kantonsrat beschloss am 06.05.2024 eine Änderung des Planungs- und Baugesetzes,¹⁸ mit welcher die Stromproduktion aus einheimischen erneuerbaren Energien ausgebaut werden soll. Dafür sollen Windkraft und andere Energieträger wie Sonne, Holz oder Wasser besser genutzt werden.¹⁹ Gegen die Gesetzesänderung wurde das Referendum ergriffen.

Um die Nutzung erneuerbarer Energien zur Stromproduktion besser nutzen zu können, soll ein kantonales Plangenehmigungsverfahren eingeführt werden.²⁰ Demnach sollen Windkraftanlagen und Windparks, welche eine jährliche Produktion von mehr als 10 GWh aufweisen, im kantonalen Plangenehmigungsverfahren schneller bewilligt werden können. Aktuell kann es bis zu 20 Jahre dauern, bis eine solche Bewilligung erteilt worden ist. Neu soll daher die Bewilligung derartiger Projekte abschliessend

¹⁷ Voir par exemple ATF 143 I 92 consid. 5.2 (traduit au JdT 2017 I 119).

¹⁸ Planungs- und Baugesetz (PBG [PBG-LU]) vom 07.03.1989 (SRL Nr. 735).

¹⁹ Grundlage hierfür stellt der im März 2022 vom Kantonsrat zustimmend zur Kenntnis genommene [Planungsbericht über die Klima- und Energiepolitik 2021](#) des Kantons LU dar.

²⁰ Vgl. § 205a nPBG-LU.

von einer einzigen kantonalen Behörde überprüft werden.²¹ Den Standortgemeinden und der Bevölkerung soll jedoch weiterhin ein Mitspracherecht zukommen. Die Gesetzesänderung sieht daher vor, dass die Standortgemeinden weiterhin angehört werden und Anträge stellen können.²² Auch die Bevölkerung soll im vorgesehenen Plangenehmigungsverfahren weiterhin mitwirken können. Ferner soll mit der angestrebten Revision die «*Elektromobilität*» gefördert werden.²³ Schliesslich soll mit der Revision die Schaffung von kühlenden Grünflächen vereinfacht werden. Die Gemeinden sollen dazu eigene Regelungen erlassen können.²⁴

Das *Referendumskomitee* lehnt die Gesetzesrevision *ab*. Die Schaffung erneuerbarer Energien soll freiwillig erfolgen und nicht durch das Gesetz vorgeschrieben werden. Das neue Plangenehmigungsverfahren würde dazu führen, dass die Standortgemeinden und ihre Stimmberechtigten Mitspracherechte einbüßen würden, zumal eine Abstimmung auf Gemeindeebene nicht mehr vorgeschrieben ist. Es sei nicht ersichtlich, wieso das Mitspracherecht der Standortgemeinden und der Stimmbevölkerung beschnitten werden soll. V.a. die Ausübung des Verbandsbeschwerderechts sei verantwortlich dafür, dass es zu Verfahrensverzögerungen komme. Ferner sei § 119a nPBG-LU zu ungenau formuliert: Aus den angestrebten Regelungen könne nicht hinreichend genau abgeleitet werden, welche Investitionen von den Grundeigentümern getroffen werden müssten.

Der *Regierungsrat* und die *grosse Mehrheit des Kantonsrates* empfehlen den Stimmberechtigten, der vorgelegten Änderung des PBG-LU *zuzustimmen*. Ein Plangenehmigungsverfahren, wie es vorliegend nun auch auf Windkraftprojekte ausgeweitet werden soll, findet schon bereits bei anderen Infrastrukturprojekten Anwendung. Es bestünde kein Anlass zu befürchten, dass die Standortgemeinden und die Stimmbürgerschaft in ihrem «*Mitspracherecht*» beschnitten würden. Die Gesetzesrevision erlaube es dem Kanton LU, von fossilen Brennstoffen wegzukommen. Damit könne ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden. Schliesslich könne durch den Ausbau erneuerbarer Energien der Energie-Import aus dem Ausland verringert werden.

Der *Kantonsrat* hat der Gesetzesrevision mit 83 Ja- zu 27 Nein-Stimmen zugestimmt. Es kommt zur Volksabstimmung, da § 24 lit. a KV-LU²⁵ bestimmt, dass Gesetze auf Verlangen dem Stimmvolk zu unterbreiten sind (*fakultatives Referendum*). Gegen die vorliegende Gesetzesrevision ist das Referendum i.S.v. § 25 KV-LU gültig ergriffen worden.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation / ulteriori informazioni sulla votazione:

[Volksbotschaft](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu / Ritorno alla panoramica](#)

²¹ Konzentrationsmodell: Vgl. HÄNNI PETER, Planungs-, Bau- und besonderes Umweltschutzrecht, 7. Aufl., Bern 2022, § 24/III./2./b) S. 518 m.w.H.; zum Plangenehmigungsverfahren auf Bundesebene allg. s. DERSELBE, a.a.O., S. 529 ff.

²² Vgl. § 205b Abs. 2 nPBG-LU.

²³ Vgl. § 119a Abs. 1 nPBG-LU.

²⁴ Vgl. § 36 Abs. 2 nPBG-LU

²⁵ Verfassung des Kantons Luzern (KV [KV-LU]) vom 17.06.2007 (SRL Nr. 1).



NE

Acceptez-vous le décret du 28 mai 2024 modifiant la Constitution de la République et Canton de Neuchâtel (Cst.NE) (Pour un droit à l'intégrité numérique et la protection d'un droit à une vie hors ligne) ?

Ce décret propose d'introduire dans la constitution cantonale un droit à l'intégrité numérique, conçu comme un droit fondamental complémentaire à l'intégrité physique et psychique, et portant sur la capacité d'une personne à utiliser les technologies numériques ou à prévenir d'en être l'objet. Ce droit à l'intégrité numérique viserait donc à garantir la protection des données personnelles, y compris contre leur utilisation abusive ou illicite, à être protégé contre les violations de la vie privée en ligne, ainsi que le droit de la personne à disposer de ses données personnelles et de leur usage en ligne, selon sa volonté. Ce nouveau droit ne déploierait ses effets qu'au niveau vertical, c'est-à-dire entre l'Etat et les citoyens dans le canton de Neuchâtel.

Le droit à l'intégrité numérique tel que précisé par l'alinéa 2 du décret comprend la protection des données personnelles numériques, la sécurité et le droit à la vie hors ligne. Ce dernier point s'applique avant tout à la fonction publique et à son droit et comprend aussi le caractère facultatif de l'administration en ligne en garantissant le droit d'accès à un contact humain au sein de l'administration. En cela, il vise ainsi à tenir compte de la question de la fracture numérique.

Pour le *Grand Conseil*, l'intégrité numérique mérite une reconnaissance constitutionnelle spécifique afin de garantir que la protection des données personnelles soit considérée comme un droit fondamental au même titre que d'autres droits protégés par la Constitution.

Le *Conseil d'Etat* reconnaît l'importance de l'intégrité numérique et partage les préoccupations et les objectifs du projet de décret pour garantir la protection des données personnelles et ne s'y oppose pas. Il relève cependant que la portée de la disposition est limitée et avant tout symbolique. Elle est limitée aux interactions entre l'Etat et les citoyen-ne-s et n'aurait que peu de conséquence pratique. En effet, la Convention intercantonale relative à la protection des données et à la transparence dans les Cantons du Jura et de Neuchâtel (CPDT-JUNE)²⁶ et la loi fédérale sur la protection des données (LPD)²⁷ assurent déjà une protection des données personnelles, y compris numériques.

Le *Grand Conseil* et le *Conseil d'Etat* recommandent de voter OUI.

Comparaison intercantonale

Le 18.06.2023, le canton de Genève soumettait à sa population une proposition de révision de la Constitution cantonale tendant à l'instauration d'un « droit à l'intégrité numérique » - proposition largement plébiscitée²⁸. L'art. 21a Cst. - GE prévoit ainsi maintenant que « [t]oute personne a le droit à la sauvegarde de son intégrité numérique » (al. 1) ; que [l]'intégrité numérique inclut notamment le droit d'être protégé contre le traitement abusif des données liées à sa vie numérique, le droit à la sécurité dans l'espace numérique, le droit à une vie hors ligne ainsi que le droit à l'oubli (al. 2) ; que [l]e traitement des

²⁶ Cf., [Convention intercantonale relative à la protection des données et à la transparence dans les Cantons du Jura et de Neuchâtel \(CPDT-JUNE\)](#) du 8 et 9 mai 2012 (RS/NE 150.30).

²⁷ Cf., [Loi fédérale sur la protection des données \(LPD\)](#) du 25 septembre 2020 (RS 235.1).

²⁸ Cf., [newsletter votations cantonale du 18.06.2023](#).

données personnelles dont la responsabilité incombe à l'Etat ne peut s'effectuer à l'étranger que dans la mesure où un niveau de protection adéquat est assuré (al. 3) et enfin que « [l']Etat favorise l'inclusion numérique et sensibilise la population aux enjeux du numérique. Il s'engage en faveur du développement de la souveraineté numérique de la Suisse et collabore à sa mise en œuvre. » (al. 4).

Le 21.08.2024, le Parti pirate zurichois (*Piratenpartei Zürich*) déposait devant les autorités du canton de Zürich une initiative cantonale pour l'introduction d'un droit fondamental à l'intégrité numérique²⁹. Ledit droit doit comprendre plusieurs facettes, soit un droit à l'oubli, un droit à la vie hors-ligne, un droit à ne pas faire l'objet d'une décision individuelle automatisée, ainsi que le droit de ne pas être surveillé dans l'espace numérique³⁰.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation /ulteriori informazioni sulla votazione:

[Brochure cantonale](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu / Ritorno alla panoramica](#)

OW



Nachtrag zum Schätzungs- und Grundpfandgesetz

Seit 2006 wurden die Steuerwerte der Grundstücke nur punktuell angepasst. Dadurch sind die Steuerwerte der Grundstücke «viel» tiefer als ihre Verkehrswerte. Das führt dazu, dass Grundstücke nicht gleich behandelt werden wie andere Vermögenswerte. Mit dem Nachtrag zum Schätzungs- und Grundpfandgesetz soll die neue Grundlage der nächsten Schätzungsrunde für nichtlandwirtschaftliche Grundstücke³¹ rechtlich verankert werden.

Rechtsterminologisches Grundverständnis:

Unter dem *Verkehrswert*³² wird derjenige Wert verstanden, welcher unter «normalen Verhältnissen» und unabhängig von persönlichen oder sonst ungewöhnlichen Gegebenheiten erzielbar ist.³³ Demgegenüber ist der *Brutto-Steuerwert* derjenige Wert, welcher von der Steuerverwaltung einer Liegenschaft zugeordnet wird.³⁴ Dieser Wert setzt sich aus dem Landwert des jeweiligen Grundstückes und dem Gebäudeversicherungswert abzüglich der Altersentwertung zusammen. Schliesslich entspricht der *Netto-Steuerwert* dem Wert, welcher schliesslich bei der Vermögenssteuer berücksichtigt wird. Der jetzige Netto-Steuerwert beträgt 65% des Brutto-Steuerwerts.³⁵

Bsp.: Weist ein Grundstück einen Verkehrswert von CHF 1 Mio. auf, entspricht dies einem Brutto-Steuerwert von ca. CHF 550'000.00. Nach dem geltenden Regime wird der Brutto-Steuerwert mit 65%

²⁹ Initiative für ein Grundrecht auf Digitale Integrität eingereicht, Piratenpartei.

³⁰ Angestellte wollen nicht, dass KI über ihre Bewerbungen entscheidet. In Zürich feiert eine Minipartei wegen solcher Sorgen einen Erfolg, Neue Zürcher Zeitung, 21.08.2024.

³¹ Vgl. Art. 6 Abs. 1 der Verordnung über die amtliche Schätzung der Grundstücke und das Grundpfandrecht (Schätzungs- und Grundpfandverordnung [Schätzungs- und Grundpfandverordnung-OW]) vom 26.10.2006 (GDB 213.71).

³² Vgl. Art. 44 Abs. 1 des Steuergesetzes (StG [StG-OW]) vom 30.10.1994 (GDB 641.4) und Art. 7 Schätzungs- und Grundpfandverordnung-OW.

³³ Vgl. Art. 9 Schätzungs- und Grundpfandverordnung-OW.

³⁴ Vgl. Art. 4 des Gesetzes über die amtliche Schätzung der Grundstücke und das Grundpfandrecht (Schätzungs- und Grundpfandgesetz [Schätzungs- und Grundpfandgesetz-OW]) vom 26.10.2006 (GDB 213.7).

³⁵ Vgl. Art. 46 Abs. 1 StG-OW i.V.m. Art. 23 Abs. 2 der Vollziehungsverordnung zum Steuergesetz (StV [StV-OW]) vom 18.11.1994 (GDB 641.41).

(Netto-Steuerwert) berücksichtigt, was einem Betrag von ca. CHF 357'000.00 entspricht. Der Netto-Steuerwert liegt somit bei rund 35% des eigentlichen Verkehrswertes.

Für die Berechnung der Steuerwerte werden die Grundstücke periodisch neu geschätzt. Dieser hat grundsätzlich dem Verkehrswert zu entsprechen.³⁶ Bei anderen Vermögenswerten, wie bspw. Wertschriften, wird hingegen der volle Vermögenswert zum steuerbaren Vermögen gezählt.³⁷ Die tiefe Besteuerung von Liegenschaften steht somit in einem Missverhältnis zu dem beweglichen Vermögen. Daher stimmte der Kantonsrat im Oktober 2021 einer neuen Schätzungsmethode für nichtlandwirtschaftliche Grundstücke zu.³⁸ Ferner sollen die Landwerte angepasst werden. Dazu sollen diese anhand von Landwertzonen bestimmt werden.³⁹ Je nach Lage, Erschliessung, Bebaubarkeit und weiteren Faktoren sollen die Grundstücke bestimmten Landwertzonen zugeordnet werden. Neu soll der für die Vermögenssteuer massgebende Netto-Steuerwert 60% des Brutto-Steuerwerts entsprechen.⁴⁰

Praktische Auswirkungen:

Das oben aufgeführte Beispiel kann in diesem Zusammenhang wieder aufgegriffen werden, um die Auswirkungen der neuen Regelungen zu illustrieren: Das gleiche Grundstück im Wert von CHF 1 Mio. würde mit der neuen Berechnungsformel einem Brutto-Steuerwert von CHF 700'000.00 entsprechen. Bei der Vermögenssteuer wird neu der Brutto-Steuerwert künftig zu 60% berücksichtigt, was einem Wert von CHF 420'000.00 entspricht. Somit würde der steuerrechtlich relevante Betrag rund 42% des Verkehrswerts ausmachen. Unter dem geltenden Regime sind es rund 35%.⁴¹

Durch die neue Schätzungsformel und die angepassten Landwerte fallen die Grundstückschätzungen höher aus. Es wird davon ausgegangen, dass die Steuerwerte um rund 15% steigen werden, was zu einer «*moderaten*» Steuererhöhung bei der Vermögenssteuer führen kann. Für über 20% der Grundeigentümer soll die Vorlage zu keiner steuerlichen Mehrbelastung führen. Für die restlichen 80% führen die Anpassungen voraussichtlich zu einer «*leichten steuerlichen Mehrbelastung*». Auch die Regelung des Eigenmietwerts soll punktuelle Anpassungen erfahren. Er soll weiterhin als Einkommen steuerbar sein, doch soll er neu in zwei Schritten berechnet werden.⁴² Neu soll ein Schätzungsturnus eingeführt werden, in welchem die Grundstücke jedes Jahr in einer Gemeinde neu geschätzt werden sollen. Da nicht alle Grundstücke ab 2025 gleichzeitig geschätzt werden können, soll in der Übergangsphase ein Umrechnungsfaktor eingesetzt werden, um Ungleichheiten entgegenzuwirken.⁴³

Trotz der aufgrund des erhöhten Personalbedarfs steigenden Administrativkosten geht der Kanton davon aus, dass Mehreinnahmen zwischen CHF 1,58 Mio. und CHF 2,09 Mio. generiert werden. Davon würden rund 60% auf die Gemeindesteuern und rund 40% auf die Kantonssteuern entfallen.

Sowohl der *Kantons-* als auch der *Regierungsrat empfehlen*, den Nachtrag zum Schätzungs- und Grundpfandgesetz *anzunehmen*. Sie begründen ihre Haltung damit, dass *status quo*, mangels Anpassung, die

³⁶ Vgl. Art. 9 Schätzungs- und Grundpfandverordnung-OW.

³⁷ Vgl. Art. 51 Abs. 1 nStG-OW.

³⁸ Zur konkreten Ausgestaltung s. [Objektkredit für die Erneuerung der Immobilienbewertung](#), Bericht an den Landrat vom 24. August 2021.

³⁹ Vgl. Art. 14 Abs. 5 nSchätzungs- und Grundpfandverordnung-OW.

⁴⁰ Vgl. Art. 23 Abs. 2 nStV-OW.

⁴¹ S. Abstimmungserläuterung, S. 5 f.

⁴² Zur entsprechenden Bemessungsgrundlage vgl. Art. 10 Abs. 1 und Abs. 1a nStV-OW.

⁴³ Vgl. Art. 23b nSchätzungs- und Grundpfandgesetz-OW.

Netto-Steuerwerte stark vom Verkehrswert abweichen. Der Nachtrag passe die Grundstückschätzungen im Kanton OW dem geltenden Bundesrecht an.⁴⁴ Ferner würde der Nachtrag auch der Ungleichbehandlung zwischen Mietern und Grundeigentümern entgegenwirken. Die Mehrbelastung sei zudem moderat.

Der *Kantonsrat* hat den Nachtrag mit 52 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimme *angenommen*.⁴⁵ Art. 59 Abs. 2 lit. a KV-OW bestimmt, dass auf Verlangen des Kantonsrates dann eine Volksabstimmung durchzuführen ist, wenn ein Drittel der Mitglieder des Kantonsrats dies verlangt. Mit Beschluss vom 23.05.2024 hat der Kantonsrat das Behördenreferendum gegen die Gesetzesänderung erhoben,⁴⁶ womit das Stimmvolk über die Novelle zu entscheiden hat.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation / ulteriori informazioni sulla votazione:

[Abstimmungserläuterungen](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu / Ritorno alla panoramica](#)

SG



1. VII. Nachtrag zum Sozialhilfegesetz (Förderung und Finanzierung von Spezialpflegeangeboten)

Betagen- und Pflegeheime beheimaten immer öfters Personen, welche intensive Pflege und Betreuung benötigen. Solche Patienten sind meist auf eine spezialisierte Langzeitpflege angewiesen, jedoch fehlt es den betroffenen Einrichtungen zumeist an der nötigen Finanzierung. Mit dem Nachtrag zum Sozialhilfegesetz⁴⁷ will der Kantonsrat die benötigte spezialisierte Langzeitpflege fördern und stärker unterstützen.⁴⁸

Neu soll der Kanton SG die Mehrkosten für die spezialisierte Langzeitpflege (*ausgenommen die Finanzierung der Pflege von Demenzerkrankten*) tragen.⁴⁹ Die Kosten der Grundpflege sollen weiterhin durch die üblichen Sozialversicherungen oder mittels Restfinanzierung durch die Gemeinden erfolgen. Es sollen jedoch nicht sämtliche Betagen- und Pflegeheime eine spezialisierte Pflege anbieten müssen. Vielmehr sollen die Ressourcen «zielbringend» eingesetzt werden.

Der *Kantonsrat* empfiehlt, die Vorlage *anzunehmen*, da mit den angestrebten Anpassungen der zunehmenden Überalterung, dem sich «*zuspitzenden*» Fachkräftemangel und den steigenden Kosten entgegenwirkt werden könne. Die bestehende Situation erfordere im Bereich der stationären Langzeitpflege einen Ausbau an Spezialangeboten, da immer mehr Personen eine «*komplexe*» Pflege benötigen.

⁴⁴ Vgl. Art. 14 Abs. 1 Satz 1 des Bundesgesetzes über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden (Steuerharmonisierungsgesetz, StHG) vom 14.12.1990 (SR 642.14).

⁴⁵ Der Kantonsrat des Kantons OW zählt 55 Mitglieder: Vgl. Art. 66 Abs. 1 der Verfassung des Kantons OW (Kantonsverfassung, KV[KV-OW]) vom 19.05.1968 (GDB 101.0).

⁴⁶ Ziff. IV des [Beschlusses](#) des Kantonsrat zum Nachtrag vom 23.05.2024 zum Schätzungs- und Grundpfandgesetz-OW.

⁴⁷ Vgl. Sozialhilfegesetz (SHG [SHG-SG]) vom 27.09.1998 (sGS 381.1); aus den regionalen Medien: KAUFMANN MANUEL, [Neues Schätzungssystem für Grundstücke kommt vor die Bevölkerung](#), in: Obwaldner Zeitung vom 23.05.2024.

⁴⁸ Vgl. Art. 28 nSHG-SG.

⁴⁹ Vgl. Art. 30b Abs. 1 f. nSHG-SG.

Der *Kantonsrat* hat den Nachtrag zum Sozialhilfegesetz mit 114 Ja-Stimmen ohne Gegenstimmen oder Enthaltungen angenommen.⁵⁰ Es kommt zu einer Volksabstimmung, da Gesetze und Beschlüsse des Kantonsrates, welche zu Lasten des Kantons für den gleichen Gegenstand eine während wenigstens zehn Jahren wiederkehrende neue jährliche Ausgabe von mehr als CHF 1,5 Mio. zur Folge haben, dem obligatorischen Finanzreferendum unterstehen.⁵¹

2. Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege

Im November 2021 hat das Schweizer Stimmvolk die Volksinitiative «Für eine starke Pflege» angenommen.⁵² Durch die Annahme der Volksinitiative sind die Kantone angehalten, eine dazugehörige Ausführungsgesetzgebung auszuarbeiten, welche darauf abzielt, mehr Ausbildungsplätze zu schaffen sowie die Ausbildungsqualität zu steigern.⁵³ Dazu hat die Regierung des Kantons SG ein Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege erarbeitet.

Bereits heute haben die Spitäler auf der Spitalliste eine Ausbildungsverpflichtung.⁵⁴ Neu sollen darüber hinaus auch alle Pflegeheime und die Spitex-Organisationen von dieser umfasst werden.⁵⁵ Kommt eine entsprechende Einrichtung der gesetzlichen Ausbildungspflicht nicht nach, müssen diese Ersatzabgaben leisten.⁵⁶ Aktuell würden ca. 30% der Fachfrauen Gesundheit ein Studium absolvieren. Laut Rechnungen müssten es jedoch mindestens 50% sein, um den künftigen Bedarf an diplomierten Fachkräften zu decken. Diese Zielgrösse soll mit dem EG Pflege-SG erreicht werden. Neu sollen Pflegeheime und Spitex-Organisationen Geld für praktische Ausbildungsplätze für studierende Pflegefachpersonen erhalten.⁵⁷ Listen-Spitäler sollen Geld erhalten, wenn sie mehr Ausbildungsplätze anbieten, als es die Ausbildungsverpflichtung verlangt. Weiter soll neu die Möglichkeit für Ausbildungsbetriebe bestehen, sich zu Ausbildungsverbänden zusammenzuschliessen.⁵⁸

Interkantonaler Vergleich:

Im Kanton FR gilt seit dem 01.07.2024 eine Verordnung, welche die in Art. 117b BV sowie im Bundesgesetz über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege verankerte Pflicht, die Ausbildung im Bereich der Pflege zu fördern, umsetzt.⁵⁹ Die Pflegeförderungsverordnung-FR gewährt – wie die angestrebte Ausführungsgesetzgebung des Kantons SG – ebenfalls einen Anspruch auf eine Beitragshilfe zur

⁵⁰ Der Kantonsrat des Kantons SG zählt 120 Mitglieder: Art. 63 Abs. 1 der Verfassung des Kantons SG (KV [KV-SG]) vom 10.06.2001 ([sGS 111.1](#)).

⁵¹ Vgl. Art. 6 des Gesetzes über Referendum und Initiative (RIG [RIG-SG]) vom 27.11.1967 ([sGS 125.1](#)) i.V.m. Art. 48 lit. d KV-SG.

⁵² S. das Dossier «[Umsetzung Pflegeinitiative \(Artikel 117b BV\)](#)» des Bundesamts für Gesundheit (BAG) und die zahlreichen darin aufgeführten weiterführenden Dokumente.

⁵³ [Art. 117b](#) der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18.04.1999 ([BV](#); [SR 101](#)); vgl. auch insbesondere das Bundesgesetz über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege vom 16.12.2022 ([SR 811.22](#)).

⁵⁴ Vgl. Art. 12 Abs. 1 lit. h des Gesetzes über die Spitalplanung und-finanzierung (SPFG [SPFG-SG]) vom 31.01.2012 ([sGS 320.1](#)).

⁵⁵ Art. 3 Abs. 1 des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege [EG Pflege-SG] vom 04.06.2024.

⁵⁶ Vgl. Art. 4 Abs. 1 i.V.m. Abs. 2 EG Pflege-SG.

⁵⁷ Art. 6 Abs. 1 EG Pflege-SG.

⁵⁸ Art. 1 Abs. 1 lit. c i.V.m. Art. 3 Abs. 2 EG Pflege-SG.

⁵⁹ Verordnung über die Massnahmen zur Förderung der Ausbildung durch eine Finanzhilfe während der Ausbildung im Bereich der Pflege [Pflegeförderungsverordnung-FR] vom 28.05.2024 ([SGF 44.13](#)).

Absolvierung einer Ausbildung im Bereich der Pflege.⁶⁰ Die Höhe des gewährten Betrages entspricht in etwa den im Kanton SG geplanten Beitragshöhen. Der Kanton FR sieht einen jährlichen Höchstbetrag von CHF 36'000.00 vor.⁶¹

Der Kanton LU verfolgt einen anderen Ansatz: Dort hängt die Höhe der Beiträge vom Alter der auszubildenden Person ab.⁶² So erhalten Personen mit Wohnsitz im Kanton LU von 25 bis 29 Jahren einen monatlichen Ausbildungsbeitrag in der Höhe von CHF 750.00.⁶³ Ab dem 30. Lebensjahr erhalten die betreffenden Personen einen Betrag von monatlich CHF 1'500.00.⁶⁴

Der *Kantonsrat* empfiehlt, das Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege *anzunehmen*, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Es brauche eine «*Ausbildungsoffensive*», daher sei es zu begrüßen, dass das Gesetz die Ausbildungsverpflichtung auf Pflegeheime und Spitex-Organisationen ausdehnt. Da der Ausbildungsbeitrag an einer Arbeitsverpflichtung geknüpft ist, könne sichergestellt werden, dass Steuergelder «*zielführend*» eingesetzt werden.

Der *Kantonrat* hat das EG Pflege-SG einstimmig *angenommen*. Die genannten Massnahmen würden im Zeitraum 2024 bis 2032 Kosten von etwa CHF 128 Mio. nach sich ziehen. Es kommt zu einer Volksabstimmung, da Beschlüsse des Kantonsrats zu neuen einmaligen Ausgaben von mehr als CHF 15 Mio. dem obligatorischen Finanzreferendum unterstehen.⁶⁵

3. XXII. Nachtrag zum Steuergesetz (Erhöhung des Fahrkostenabzugs)

Angestellte Berufstätige können die notwendigen Kosten für Fahrten zwischen dem Wohn- und Arbeitsort steuerlich abziehen.⁶⁶ Die Obergrenze des Fahrkostenabzugs liegt aktuell bei CHF 4'595.00.⁶⁷ Diese Obergrenze soll per 01.01.2025 auf CHF 8'000.00 angehoben werden.⁶⁸

Das *Finanzdepartement* des Kantons SG geht davon aus, dass mit der angestrebten Erhöhung des Fahrkostenabzuges – basierend auf den Zahlen der Steuerperiode 2021 – rund 94% aller Steuerpflichtigen dadurch ihre vollen Fahrkosten bei den Steuern abziehen können. Dies führe zu einem Steuerausfall von ca. CHF 7,2 Mio. für den Kanton, CHF 7,7 Mio. für die Gemeinden und CHF 1,6 Mio. für die Kirche.

Die *Referendumsallianz* – bestehend aus SP, JUSO, Grüne, Junge Grüne, GLP, Junge GLP und EVP, den Verbänden VCS, IGÖV, Umverkehr, Pro Natura und Casafair sowie den Gewerkschaften SGB, VPOD und TravailSuisse – *lehnt* die angestrebte Anpassung des Steuergesetzes *ab*. Sie begründen dies u.a. damit, dass es keine Gründe für die Erhöhung des Abzuges gibt. Die Anpassung sei weder aus verkehrs- und klimapolitischen Gründen noch aus raumplanerischer sowie finanzieller Sicht zu rechtfertigen. Von der

⁶⁰ Vgl. Art. 1 Abs. 2 Pflegeförderungsverordnung-FR; für die konkreten Voraussetzungen siehe Art. 4 Pflegeförderungsverordnung-FR.

⁶¹ Vgl. Art. 5 Pflegeförderungsverordnung-FR.

⁶² Vgl. § 7 Abs. 2 des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege (EGFAPG [EGFAPG-LU]) vom 18.03.2024 ([SRL Nr. 810](#)).

⁶³ Vgl. § 10 Abs. 1 lit. a der Verordnung zum Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege (Pflegeausbildungsförderverordnung, FAPV[FAPV-LU]) vom 04.06.2024 ([SRL Nr. 810a](#)).

⁶⁴ Vgl. § 10 Abs. 1 lit. b FAPV-LU.

⁶⁵ Art. 6 Abs. 1 RIG-SG i.V.m. Art. 48 lit. d KV-SG.

⁶⁶ Art. 39 Abs. 1 lit. a des Steuergesetzes (StG [StG-SG]) vom 09.04.1998 ([sGs 811.1](#)).

⁶⁷ Art. 39 Abs. 1 lit. a StG-SG.

⁶⁸ Art. 39 Abs. 1 lit. a nStG-SG.

Erhöhung des Abzugs würden darüber hinaus nur bestimmte Pendler profitieren können, nämlich Autopendler, welche eine jeweils weite Strecke fahren. Sie befürchtet daher eine vermehrte Strassenverkehrsbelastung und eine zunehmende Zersiedelung der Landschaft.

Die *Mehrheit* des *Kantonsrats* votiert für die *Annahme* der Steuerreform: Personen, die auf ein privates Motorfahrzeug angewiesen sind, sollen steuerlich nicht benachteiligt werden. Gemeinden, welche über keine gut ausgebaute ÖV-Anbindung verfügen, würden für Arbeitstätige attraktiver werden. Der höhere Abzug entlaste die Bevölkerung, gerade in Anbetracht der gestiegenen Lebenshaltungskosten. Der höhere Fahrkostenabzug entspreche denn auch dem Grundsatz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit.

Bereits in zehn Kantonen können angestellte Berufstätige den vollen Betrag der Fahrtkosten abziehen, nur in den Kantonen GE und BS sind die Abzüge tiefer:

Fahrkostenabzüge in den Kantonen

GE	Fr. 507.–
BS	Fr. 3'100.–
SG	Fr. 4'595.–
ZH	Fr. 5'000.–
NW, ZG, BL, SH, AR, TG	Fr. 6'000.–
LU	Fr. 6'300.–
BE	Fr. 6'700.–
AG, SO	Fr. 7'000.–
SZ	Fr. 8'000.–
OW	Fr. 10'000.–
UR*, GL, FR, AI, GR, TI, VD, VS, NE, JU	unbegrenzt

* Eine Begrenzung auf Fr. 13'000.– ist in Planung.

Abstimmungsbroschüre, S. 61.

Der *Kantonsrat* hat der Steuerrevision mit 73 Ja- zu 36 Nein- Stimmen bei 6 Enthaltungen *zugestimmt*. Es kommt zur Volksabstimmung, da Art. 49 Abs. 1 lit. a KV-SG bestimmt, dass Gesetzte auf Verlangen dem Stimmvolk zu unterbreiten sind (*fakultatives Referendum*). Am 24.06.2024 wurde mit 4'349 gültigen Unterschriften das Referendum rechtsgültig gegen die Gesetzesvorlage erhoben,⁶⁹ womit der st. gallische Souverän über diese zu entscheiden hat.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation / Per ulteriori informazioni sulla votazione:

[Kantonale Abstimmungsbroschüre](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu / Ritorno alla panoramica](#)

⁶⁹ [Referenden in St. Gallen seit 1952](#), S. 1 in initio.



SH

1. Beschluss betreffend Zusatzkredit für den Bau eines zusätzlichen Stockwerks beim Polizei- und Sicherheitszentrum

Am 10.06.2018 hat die Schaffhauser Stimmbevölkerung einem Kredit für den Bau eines Polizei- und Sicherheitszentrums (PSZ) zugestimmt.⁷⁰ Der Regierungsrat plante jedoch bereits in den Jahren 2020/21 die Realisierung eines zusätzlichen 7. Stockwerks, was aber den vorgeschlagenen Kostenrahmen übersteigt. Die am 27.04.2023 beim Kantonsrat eingereichte Volksmotion⁷¹ «Für ein zukunftsfähiges Polizei- und Sicherheitszentrum» verlangte vom Regierungsrat, dem Kantonsrat einen Bericht und Antrag über den möglichen Bau eines weiteren 7. Stockwerks vorzulegen.

Mit dem PSZ werden sowohl die Schaffhauser Polizei, die Staatsanwaltschaft als auch das Gefängnis zusammengeführt. Der Zusatzkredit ist auf rund CHF 6,1 Mio. veranschlagt worden. Aufgrund der Kostengenauigkeit wird ein Zusatzkredit in der Höhe von CHF 7 Mio. beantragt.

Die *Mehrheitsmeinung* im Kantonsrat erachtet den Bau eines 7. Stockwerks in Anbetracht einer langfristigen Planung und im Hinblick auf das prognostizierte Bevölkerungswachstum sowie durch die Entwicklung des Korps der Schaffhauser Polizei und derjenigen der Schaffhauser Staatsanwaltschaft als sinnvoll. Der Ausbau dränge sich v.a. aus wirtschaftlichen Gründen auf.

Der Kantonsrat befürwortet die Annahme des Zusatzkredits mit 46 Ja-Stimmen bei 6 Enthaltungen.⁷² Es kommt zu einer Volksabstimmung, da u.a. Beschlüsse des Kantonsrates über neue einmalige Ausgaben von mehr als CHF 3 Mio. dem obligatorischen Referendum unterstehen.⁷³

2. Teilrevision der Kantonsverfassung (Transparenzbestimmung)

Das Schaffhauser Stimmvolk nahm in der Abstimmung vom 09.02.2020 die Transparenzinitiative an⁷⁴ (Art. 37a KV-SH). Ziel dieser Bestimmung ist, die finanziellen Ausgaben für Abstimmungen und Wahlen transparenter zu machen. Die Bestimmung wurde in ihrer «Umsetzung» vom Kanton SH jedoch als zu umständlich erachtet, was zur Folge hatte, dass die dazugehörige Ausführungsgesetzgebung bis heute noch nicht in Kraft gesetzt worden ist.

Die «umständliche» Umsetzung der Transparenzinitiative war Ursprung mehrerer politischen Vorstösse. 2021 wurde im Kantonsrat eine Motion «Mehr Transparenz, aber mit Augenmass»⁷⁵ eingereicht. Damit soll die bestehende Transparenzregelung durch eine neue, offener formulierte Verfas-

⁷⁰ Vgl. [Resultate Volksabstimmung vom 10. Juni 2018](#); s. [Schaffhauser Abstimmungs-Magazin](#), S. 8 ff.

⁷¹ Vgl. Art. 31 der Verfassung des Kantons SH [KV-SH] vom 17.06.2002 ([SHR 101.000](#)): Eine Volksmotion ist das Recht der Stimmberechtigten, vom Kantonsrat den Erlass, die Änderung oder die Ergänzung der Verfassung, von Gesetzen, von Dekreten oder von Beschlüssen im Zuständigkeitsbereich des Kantonsrates zu verlangen, wobei 100 Stimmberechtigte die Motion u.a. eigenhändig zu unterzeichnen und schriftlich zu begründen haben (§ 70a Abs. 1 und 4 i.V.m. § 67 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Kantonsrates SH vom 20.12.1999 [[SHR 171.110](#)] i.V.m. Art. 31 KV-SH).

⁷² Der Kantonsrat des Kantons SH setzt sich aus 60 Mitgliedern zusammen: vgl. Art. 52 Abs. 1 KV-SH.

⁷³ Art. 32 lit. e KV-SH.

⁷⁴ Vgl. [Newsletter kantonale Volksabstimmungen](#) vom 09. Februar 2020, S. 26 ff.; [BGE 150 I 17](#).

⁷⁵ Motion 2021/7 «Mehr Transparenz, aber mit Augenmass».

sungsbestimmung ersetzt werden. Ferner wurde im Mai 2022 neben der Motion eine Umsetzungsinitiative⁷⁶ zur Umsetzung der bereits 2020 und mit Art. 37a KV-SH positivierten Transparenzinitiative eingereicht.

Interkantonaler Vergleich:

Der Kanton SZ kennt bereits seit 2019 eine Offenlegungspflicht der Politikfinanzierung.⁷⁷ Durch das TPG-SZ⁷⁸ werden die Ausgaben der Kandidaten offengelegt und ersichtlich, wie finanzintensiv Abstimmungs- und Wahlkämpfe für die einzelnen Kandidaten sind. Auch in anderen Kantonen ist die Politikfinanzierung ein Thema: So etwa im Kanton ZG, welcher bei der vergangenen – und wiederholten – Abstimmung vom 22.09.2024 den Gegenvorschlag zur dortigen Transparenzinitiative⁷⁹ angenommen hat. Ebenso kennt der Kanton FR seit 2021 eine gesetzliche Regulierung der Politikfinanzierung;⁸⁰ diese wurde von der Freiburger Stimmbevölkerung anlässlich der Abstimmung vom 04.03.2018 mit grosser Mehrheit angenommen.⁸¹ Der Kanton SH ist somit nicht der einzige Kanton, welcher in der konkreten Ausgestaltung der Politikfinanzierung noch weitere Schritte zu unternehmen hat.

Mit der Umsetzungsinitiative sollen gewisse Punkte der Transparenzinitiative «*abgeschwächt*» werden. Sie sieht etwa vor, dass kommunalen Wahl- und Abstimmungskämpfen in Gemeinden mit weniger als 3'000 Einwohnern keine Pflicht zur Offenlegung zukommen soll.⁸² Die gleiche ziffernmässige Untergrenze soll im Bereich der Interessensbindung für Kandidierende für kommunale Ämter gelten.⁸³ Trotz der punktuellen Anpassungen seien die wesentlichen Elemente der ursprünglichen Transparenzinitiative immer noch vorhanden.

Die neue Verfassungsbestimmung gemäss der Motion «*Mehr Transparenz, aber mit Augenmass*» zielt darauf ab, den mit der Transparenzinitiative eingeführten Art. 37a KV-SH durch eine offenere Formulierung zu ersetzen. Infolgedessen wäre die Einführung einer konkreten Ausführungsgesetzgebung zum Transparenzartikel nötig, welche Grenzwerte sowie Beschränkungen der Offenlegungspflicht bei Abstimmungs- und Wahlkampagnen auf Kantons- und Gemeindeebene regeln.⁸⁴

Die *Mehrheitsmeinung* im *Kantonsrat* befürwortet die Verfassungsänderung gemäss der Motion «*Mehr Transparenz, aber mit Augenmass*». Zu detaillierte Regelungen würden nicht in die [*materielle*] Verfassung gehören. Die geltende Transparenzinitiative würde auf Stufe des Kantons und der Gemeinden einen «*grossen zusätzlichen administrativen Aufwand*» verursachen. Weiter hätte die Transparenzinitiative Auswirkungen auf das Wahlsystem im Kanton.

Die *Minderheit* im *Kantonsrat* lehnt die mit der Motion einhergehende angestrebte Verfassungsänderung ab. Es sei nicht «*angebracht*», eine Verfassungsbestimmung zu ersetzen, welche erst kürzlich vom Schaffhauser Stimmvolk angenommen wurde. Die Stimmberechtigten hätten sich bewusst für die im Jahr 2020 ausgearbeitete Transparenzinitiative mit detaillierten Regelungen entschieden. Dem sei nun Folge zu leisten. Daher empfiehlt die *Minderheit* im *Kantonsrat*, die Umsetzungsinitiative anzunehmen.

⁷⁶ [Amtsblatt Nr. 23 vom 10. Juni 2022](#), S. 1045 f.

⁷⁷ Vgl. Beitrag SRF: [Erstes Transparenzgesetz der Schweiz kommt zum Einsatz](#) vom 16.09.2022.

⁷⁸ Transparenzgesetz (TPG [TPG-SZ]) vom 06.02.2019 ([SRSZ 140.700](#)).

⁷⁹ Für nähere Ausführungen s. [Newsletter Kantonale Volksabstimmungen](#) vom 22.09.2024, S. 21 ff.

⁸⁰ Gesetz über die Politikfinanzierung (PoFiG [PoFiG-FR]) vom 16.12.2020 ([SGF 115.5](#)).

⁸¹ S. das Dossier [Politikfinanzierung](#) des Kantons FR.

⁸² Vgl. Art. 37a Abs. 1bis lit. a und lit. b nKV-SH (*Umsetzungsinitiative*).

⁸³ Vgl. Art. 37a Abs. 2bis nKV-SH (*Umsetzungsinitiative*).

⁸⁴ Vgl. Art. 37a Abs. 3 nKV-SH (*Gegenvorschlag*).

Ähnlich sieht es das *Initiativkomitee*: Es *befürwortet* die Umsetzungsinitiative, da auch 4 Jahre nach der Annahme der Transparenzinitiative die «*Situation unverändert*» sei. Sowohl der Regierungsrat als auch der Kantonsrat hätten sich dagegengestellt und hätten nur «*widerwillig*» einen Vorentwurf eines Transparenzgesetzes ausgearbeitet. Mit der angestrebten Umsetzungsinitiative soll der damalige Volkswille umgesetzt werden.

Der *Kantonsrat* hat die Umsetzungsinitiative mit 33 Nein- zu 20 Ja-Stimmen abgelehnt und der Verfassungsänderung «*Mehr Transparenz, aber mit Augenmass*» mit 31 Ja- zu 21 Nein-Stimmen zugestimmt. Ferner hat der *Kantonsrat* mit 34 Ja- zu 21 Nein-Stimmen im Falle einer Stichfrage dem Gegenvorschlag (Verfassungsänderung «*Mehr Transparenz, aber mit Augenmass*») den Vorzug zu geben. Sowohl der *Regierungs-* als auch der *Kantonsrat* empfehlen, die Umsetzungsinitiative abzulehnen und den Gegenvorschlag anzunehmen. Es kommt zu einer Volksabstimmung, da Verfassungsänderungen⁸⁵ dem Volk zur Abstimmung obligatorisch unterbreitet werden müssen.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation / ulteriori informazioni sulla votazione:

[Schaffhauser Abstimmungs-Magazin](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu / Ritorno alla panoramica](#)

UR



«Isleten für alle»

Auf der Halbinsel Isleten steht das älteste Industrieareal des Kantons UR. Das Gebiet liegt, nebst der Industriezone, in der Bauzone, einem angrenzenden Wald und am Ufer des Urnersees. Es bestehen Pläne, das ehemalige Industrieareal zu einer Tourismusanlage umzubauen. Mit der angestrebten Initiative soll eine spezialgesetzliche Regelung geschaffen werden, welche die Nutzung des besagten Gebietes einschränkend regeln will.

Konkret bestehen Pläne, das ehemalige Industrieareal der schweizerischen Sprengstoff AG Cheddite zu einer Tourismusanlage umzubauen. Geplant sind der Bau eines Hotels, hotelmässig bewirtschafteten Wohnungen und Bungalows, ein Bootshafen sowie Gastro- und Einkaufslokalitäten. Mit der Initiative, eingereicht von einem durch die Grünen Uri vertretenen Komitee, soll eine spezielle gesetzliche Regelung erlassen werden, welche die Nutzung des Deltas des Isentalerbachs zwischen dem Nordportal des Schiltegg隧ns und dem Südportal des Harderbandtunnels sowie dem Tobel regeln soll. Die Spezialgesetzgebung soll laut Initiativtext «*das Gebiet innerhalb der Landschaftsschutzzone Vierwaldstättersee als grossenteils öffentlichen, naturnahen Naherholungsraum mit Wald-, Natur- und Gewässerraumzonen sowie weiteren Zonen entsprechend diesem Nutzungsziel definieren*». Durch die industrielle Nutzung sei das ehemalige Fabrik- und Gewebeareal mit Sprengstoffrückständen und Schwermetall belastet. Dieser Teil ist für die Bevölkerung daher unzugänglich. Das Gebiet sei jedoch bei der Urner Bevölkerung für die Naherholung beliebt. Die Nutzung ist heute jedoch auf wenige Flächen im Deltabereich des Isentalerbachs und auf öffentlich zugängliche Liegewiesen südlich des Isentalerbachs beim Nordportal des Schiltegg隧ns beschränkt. Die Initiative sieht vor, dass das Verbot für die Er-

⁸⁵ Vgl. Art. 32 Abs. 1 lit. a KV-SH.

richtung von neuen Hotels, Apartmentgebäuden und Bootshäfen nicht nur auf das ehemalige Industrieareal der Isen AG beschränkt werden soll, sondern sich im Wesentlichen das gesamte Delta mitumfassen soll.

Mit der Annahme der Initiative kommt es zwangsläufig zu Auszonungen. Auszonungen, welche u.U. einer Enteignung gleichkommen.⁸⁶ Es müsse daher mit Entschädigungsforderungen gegenüber dem Kanton gerechnet werden.

Nach dem *Initiativkomitee* ist die angestrebte Initiative insofern notwendig, als dass die Isleten eine einzigartige Landschaft von nationaler Bedeutung ist.⁸⁷ Daher müsse sie erhalten werden. Die Initiative zielt dabei nicht auf ein komplettes Verbot von touristischen Aktivitäten auf den Isleten ab; diese sollen aber moderat und nachhaltig ausgestaltet werden. Ferner die Isleten für die Bevölkerung sehr wertvoll und daher möchte man durch die Initiative die Nutzung aufwerten und der Bevölkerung kostenfrei zugänglich machen und nicht den «*Wohlhabenden und Reichen*» vorbehalten. Die Isleten sollen zu einem Freizeit-, Ferien- und Naturparadies entwickeln. Darüber hinaus würde die Annahme der Initiative die raumplanerischen Kompetenzen der Standortgemeinden nicht einschränken.

Nach Meinung des *Landrats* als auch des *Regierungsrats* ist die Initiative im Falle der Annahme der Initiative auszuarbeitende gesetzliche Grundlage mit der Gemeindeautonomie nicht vereinbar. Im Gegensatz zum kantonal-gesetzlichen Normalfall würde diese nämlich nicht von den üblicherweise für die Planfestsetzung zuständigen Standortgemeinden erstellt, sondern direkt vom Kanton durch Rechtssatz erlassen.⁸⁸ Die raumplanerischen Kompetenzen sowie die Planungshoheit der Gemeinden Seedorf und Isenthal würden folglich durch den Kanton «*übersteuert*» werden müssen. In der Folge würden die für die Nutzungsplanung geltenden ordentlichen Zuständigkeiten und (*Rechtsmittel*-)Verfahren «*ausgekoppelt*». Die angestrebte Initiative biete keine Gewähr für die vom Initiativkomitee vorgebrachte umfassende Aufwertung der Isleten. Aufgrund der durch die zwangsläufigen Auszonungen im Falle der Annahme der Initiative wären zudem die finanziellen Auswirkungen auf den Kanton nicht abschätzbar. Nach dem kantonalen Richtplan⁸⁹ ist das Gebiet Isleten Bestandteil des Tourismusentwicklungsraums Vierwaldstättersee. Dieses Gebiet nimmt raumplanerisch daher bereits jetzt eine wichtige Funktion für die regionalwirtschaftliche Entwicklung ein.

Der *Landrat* und *Regierungsrat* empfehlen daher, die Volksinitiative *abzulehnen*. Es kommt zu einer Volksabstimmung, da Volksinitiativen in Form einer allgemeinen Anregung, welche durch den Landrat nicht zugestimmt werden, dem obligatorischen Referendum unterstehen.⁹⁰

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation / Per ulteriori informazioni sulla votazione:

[Botschaft zur kantonalen Vorlage](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu / Ritorno alla panoramica](#)

⁸⁶ Vgl. Art. 26 Abs. 2 BV.

⁸⁷ BLN 1606 Vierwaldstättersee mit Kernwald, Bürgenstock und Rigi.

⁸⁸ Vgl. Art. 17 des Planungs- und Baugesetzes SPFG (PBG[PBG-UR]) vom 13.06.2010 (RB 40.1111).

⁸⁹ Karten und Text zum kantonalen Richtplan UR.

⁹⁰ Vgl. Art. 24 Abs. 1 lit. f der Verfassung des Kantons UR [KV-UR] vom 28.10.1984 (RB 1.1101).

VS



Loi cantonale sur le climat (LClim)

Avec cette nouvelle loi cantonale, le Valais souhaite soutenir les entreprises, l'agriculture, les communes, les bourgeoisies, ainsi que les particuliers dans leurs efforts de réduction des gaz à effet de serre et d'adaptation aux changements climatiques. Elle permettrait d'accorder des soutiens supplémentaires à ceux prévus par la loi fédérale sur le climat et l'innovation acceptée en votation populaire le 18 juin 2023 et d'ajuster les orientations données par cette dernière aux réalités du canton.

Le Valais, en tant que canton alpin, est particulièrement touché par le changement climatique. Partant de ce constat, cette nouvelle loi climat, conçue comme une loi-cadre qui définit les objectifs et les moyens de leur mise en œuvre, prévoit des efforts de réduction de gaz à effet de serre et d'adaptation aux changements climatiques sans toutefois introduire ni interdictions ni nouvelles taxes. Cette nouvelle loi permettrait de doter le canton de moyens, notamment financiers, pour aider les communes, bourgeoisies, entreprises et particuliers. Les mesures de soutien prévues par la loi toucheraient par exemple l'agriculture, la gestion des eaux, la forêt, la mobilité et l'énergie. Selon le *Conseil d'Etat*, des mesures d'importance pourraient être financées par la réserve climatique, dotée d'un montant initial de 100 millions de francs. Cette réserve pourrait être alimentée par le budget de l'Etat et les excédents au compte de l'Etat. La loi climat telle qu'envisagée, prévoit que le canton veille à atteindre la neutralité carbone d'ici 2040, elle n'imposerait pas d'obligation de résultat, mais donnerait un cap vers lequel tendre.

Le *comité référendaire* considère que cette nouvelle loi est inutile d'autant plus que la loi fédérale sur le climat pose déjà un objectif ambitieux de rendre la Suisse climatiquement neutre d'ici 2050. Par ailleurs, elle contient des objectifs irréalistes et entraînerait une augmentation massive des coûts pour la population avec la rénovation des bâtiments et le remplacement des systèmes de chauffage. Enfin, même si le Conseil d'Etat affirme le contraire, la réserve climatique aura pour conséquence une charge financière supplémentaire pour le contribuable avec la création de postes au sein de l'administration cantonale et d'un conseil climatique scientifique. Pour contrer les arguments du comité référendaire, le *Conseil d'Etat* rappelle que la loi fédérale sur le climat ne permettrait pas de soutenir suffisamment les efforts de transition au niveau du canton et que sans une loi locale, le Valais verrait son action limitée. Le financement et, selon les cas, la base légale, manqueraient pour la mise en place de soutiens supplémentaires pour les mesures de réduction du CO₂ ou d'adaptation aux changements climatiques.

Comparaison intercantonale

Le canton de Bâle-Ville acceptait en 2022 d'inscrire parmi les tâches publiques confiées à l'Etat par la Constitution cantonale la réalisation de la « justice climatique » (*Klimagerechtigkeit*) (art. 16a al. 1 Cst.-BS). Celui-ci est chargé de ramener les émissions de gaz à effet de serre dans le canton au « net-zero » d'ici à 2037 (art. 16a al. 2 Cst. - BS), en prenant les mesures contraignantes nécessaires (art. 16a al. 3 Cst. - BS) et en s'engageant pour que les établissements et entreprises en mains publiques (art. 16a al. 4 Cst. - BS) ainsi que la Confédération (art. 16a al. 5 Cst. - BS) prennent des mesures allant dans le même sens.

Le canton d'Argovie a introduit récemment dans sa constitution un objectif relatif à la protection du climat (art. 42a al. 1 Cst. - AG). En application de la disposition relative, celui-ci est censé – aux côtés des

communes – s’engager pour la limitation (*Begrenzung*) du changement climatique, et renforcer ses facultés d’adaptation à ce changement. Le canton et les communes doivent prendre en compte les objectifs climatiques de la Confédération, ainsi que le droit international relatif (*art. 42a al. 1 in fine Cst. - AG*).

Le 30 juin 2023, le Grand Conseil du canton de Fribourg arrêta (*notamment sur la base de l’Accord de Paris et de la loi fédérale sur le CO₂*) la loi cantonale sur le climat (LClim). Celle-ci vise à protéger le vivant contre les effets nuisibles du changement climatique (*art. 1 al. 1 LClim*), notamment en contenant la hausse de la température moyenne, en réduisant les émissions de gaz à effet de serre et préparant l’adaptation au changement climatique (*art. 1 al. 2 LClim*).

Le canton de Neuchâtel a révisé en 2023, sa loi cantonale sur l’énergie (LCEn) en se fixant dorénavant pour objectif notamment « de prendre les mesures visant à la réduction des émissions de CO₂ » (*art. 1 al. 2 let. d LCEn*). Elle prescrit à cette fin une réduction des émissions de gaz à effet de serre en tonnes équivalent CO₂ de 40% en 2025, 50% en 2035 et 60% en 2040 (*art. 1 al. 3 let. e LCEn*). La loi entend favoriser la transition notamment en matière de mobilité, en imposant une quote-part de places de stationnement pouvant être équipées de stations de recharge des véhicules électriques (*art. 6 al. 5 et 43 al. 4 LCEn ; cf. ég. art. 69 al. 1 RELCEn*).

Dans le canton de Genève, le Conseil d’Etat a adopté le 30 octobre 2024 un nouveau projet de loi sur le climat⁹¹.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d’informations touchant la votation / Per ulteriori informazioni sulla votazione:

[Notice explicative](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l’aperçu / Ritorno alla panoramica](#)

⁹¹ [Le Conseil d’Etat genevois s’est mis d’accord pour un projet de loi sur le climat](#), RTS, 31 octobre 2024.